

URGENT ACTION

MENSCHENRECHTLER NACH FESTNAHME VERSCHWUNDEN CHINA

UA-Nr: UA-080/2026 AI-Index: ASA 17/1339/2026 Datum: 30. Juli 2026 – as

YIN XU'AN

Der Menschenrechtsverteidiger Yin Xu'an soll im August 2025 von den Behörden festgenommen worden sein. Er war nach Peking gereist, um sich dort medizinisch behandeln zu lassen. Bis heute ist trotz wiederholter Anfragen seiner Familie und seiner Unterstützer*innen nicht bekannt, wo er sich befindet und wie es ihm geht. Da er erkrankt ist und die Behörden bereits früher verhindert haben, dass er medizinische Hilfe erhält, ist er in großer Gefahr.

Das Verschwindenlassen von Yin Xu'an, einem Menschenrechtsverteidiger aus Daye in der Provinz Hubei, dessen Schicksal und Verbleib seit August 2025 unbekannt sind, gibt Anlass zu großer Sorge.

Yin Xu'an soll am 11. August 2025 von den Behörden in Gewahrsam genommen worden sein. Zuvor war er nach Peking gereist, um sich aufgrund schwerwiegender gesundheitlicher Probleme dringend medizinisch behandeln zu lassen. Er leidet unter schwerem Bluthochdruck, einer koronaren Herzerkrankung und einer Nierenarterienstenose. Seit seiner Festnahme haben seine Familie und Unterstützer*innen keinerlei Informationen über seinen Verbleib, seinen rechtlichen Status oder seinen Gesundheitszustand erhalten.

Die Dringlichkeit dieses Falls ergibt sich nicht nur aus dem Verschwinden von Yin Xu'an, sondern auch aus der fortdauernden Menschenrechtsverletzung und den erheblichen Sorgen um seinen Gesundheitszustand. Das Verschwindenlassen einer Person gilt so lange als andauernde Menschenrechtsverletzung, bis ihr Schicksal und ihr Verbleib aufgeklärt sind. Solange die Behörden nicht offenlegen, wo Yin Xu'an festgehalten wird, und ihm den Kontakt zu seiner Familie, zu Rechtsbeiständen sowie den Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung verwehren, bleiben seine Rechte auf Leben, Gesundheit, Freiheit und Sicherheit ernsthaft gefährdet.

Angesichts seines dokumentierten Bedarfs an fachärztlicher Behandlung kann jeder weitere Tag ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und ohne Kontakt zur Außenwelt die Gefahr schwerwiegender und möglicherweise dauerhafter gesundheitlicher Schäden erhöhen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Yin Xu'an ist ein Menschenrechtsverteidiger und Petitionssteller aus Daye in der Provinz Hubei. Seit fast zwanzig Jahren setzt er sich dafür ein, dass Menschenrechtsverletzungen wie Fehltritte, willkürliche Inhaftierungen, rechtswidrige Zwangsräumungen und Landenteignungen geahndet werden. Außerdem engagiert er sich für rechtliche Reformen sowie dafür, dass China internationale Menschenrechtsverträge ratifiziert und umsetzt, darunter den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Aufgrund seines friedlichen Engagements ist Yin Xu'an seit Jahren Schikanen und Repressalien seitens der Behörden ausgesetzt. Er wurde bereits mehrfach im Zusammenhang mit seiner Menschenrechtsarbeit und seinen Petitionen an die Behörden inhaftiert. 2017 wurde er wegen des Vorwurfs „Provokation von Streit und Sabotage der gesellschaftlichen Ordnung“ (寻衅滋事) zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. 2021 wurde er wegen des gleichen Vorwurfs erneut zu einer Haftstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. „Provokation von Streit und Sabotage der gesellschaftlichen Ordnung“ ist ein vage definierter Straftatbestand, der von den chinesischen

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO SozialBank AG. IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 .

BIC: BFSWDE33XXX .

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Behörden häufig herangezogen wird, um die friedliche Ausübung von Menschenrechten, darunter auch des Rechts auf freie Meinungsäußerung, unter Strafe zu stellen.

Aufgrund jahrelanger Schikanen, Festnahmen und Inhaftierungen soll Yin Xu'an mehrere schwerwiegende Gesundheitsprobleme entwickelt haben, unter denen er immer noch leidet, darunter schwerer Bluthochdruck und eine koronare Herzerkrankung. Nach vorliegenden Informationen waren die örtlichen Krankenhäuser in der Provinz Hubei nicht in der Lage, die von ihm benötigte fachärztliche Behandlung bereitzustellen, und überwiesen ihn zur weiteren Abklärung und Behandlung an das Fuwai-Krankenhaus in Peking. Trotz der Schwere seines Zustands wurde Yin Xu'an Berichten zufolge wiederholt daran gehindert, zur medizinischen Versorgung nach Peking zu reisen. Seine Anträge auf eine Behandlung in Peking sollen von verschiedenen Behörden abgelehnt worden sein, darunter von Angehörigen der Einheit für innere Sicherheit in Daye und lokaler Regierungsbehörden.

Am 28. Juli 2025 ist Yin Xu'an Berichten zufolge mit einer Überweisung eines Krankenhauses in der Provinz Hubei zur Behandlung ins Fuwai-Krankenhaus nach Peking gereist. Bei seiner Ankunft am Peking Westbahnhof soll er jedoch aufgehalten und von Angehörigen des Büros für öffentliche Sicherheit von Daye gewaltsam in seine Wohnung im Stadtteil Bao'an der Stadt Daye zurückgebracht worden sein.

Da sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechterte, reiste Yin Xu'an am 10. August 2025 erneut nach Peking und wohnte vorübergehend bei einem Freund, wo er sich auf einen Arzttermin am folgenden Tag vorbereitete. Am 11. August 2025 wurde er Berichten zufolge von Sicherheitskräften unter der Leitung von Xu Yuefei, dem Sekretär der Kommission für politische und rechtliche Angelegenheiten der Gemeinde Bao'an, aufgespürt und abgeführt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Geben Sie bitte umgehend den Aufenthaltsort und rechtlichen Status von Yin Xu'an bekannt und stellen Sie sicher, dass er bis zu seiner Freilassung vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt ist.
- Sorgen Sie dafür, dass Yin Xu'an sofortigen und regelmäßigen Zugang zu seiner Familie, Rechtsbeiständen seiner Wahl sowie der notwendigen medizinischen Versorgung erhält.
- Lassen Sie Yin Xu'an umgehend und bedingungslos frei, sollte er allein wegen der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte inhaftiert sein.

APPELLE AN

SEKRETÄR DER KOMMISSION FÜR POLITISCHE UND RECHTLICHE ANGELEGENHEITEN

Secretary of the Political and Legal Affairs Commission
Li Wenbo
Huangshi Municipal Committee of the Communist Party of China
No. 1 Hangzhou East Road, Xialu District
Huangshi City, Hubei Province
VOLKSREPUBLIK CHINA
(Anrede: Dear Secretary Li / Sehr geehrter Herr Sekretär Li)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK CHINA

S.E. Herrn Hongbo Deng
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax: 030 – 27 58 82 21
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. Dezember 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Immediately disclose Yin Xu'an's whereabouts and legal status, and ensure that he is protected from torture and other ill-treatment;
- Ensure that Yin Xu'an has prompt and regular access to his family, lawyers of his choice and any medical treatment he requires, including specialist care where medically necessary;
- Release him immediately and unconditionally if he is being detained solely for the peaceful exercise of his human rights.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Yin Xu'an benötigt nachweislich fachärztliche Behandlung. Da seit August 2025 keine Informationen über seinen Gesundheitszustand bekannt geworden sind, bestehen ernsthafte Sorgen um seine Gesundheit und sein Wohlergehen. Diese werden zusätzlich dadurch verstärkt, dass die Behörden seinen Zugang zu medizinischer Versorgung bereits in der Vergangenheit eingeschränkt haben. Es besteht daher die Gefahr, dass ihm während seiner Haft ohne Kontakt zur Außenwelt eine angemessene und rechtzeitige medizinische Behandlung weiterhin verwehrt wird.

Der Fall von Xu'an spiegelt ein allgemeines Muster an Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen in China wider. Amnesty International hat den anhaltenden Einsatz willkürlicher Inhaftierungen, des Verschwindenlassens, langer Haft ohne Kontakt zur Außenwelt, Einschränkungen beim Zugang zu Rechtsbeiständen sowie die Kriminalisierung friedlicher Menschenrechtsaktivitäten durch Straftatbestände wie „Provokation von Streit und Sabotage der gesellschaftlichen Ordnung“ dokumentiert.

Verschwindenlassen ist völkerrechtlich verboten und als eigenständiges Verbrechen anerkannt. Unter bestimmten Umständen, insbesondere wenn es weitverbreitet oder systematisch begangen wird, kann es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Es handelt sich um eine komplexe und andauernde Menschenrechtsverletzung, die mehrere miteinander verknüpfte Elemente umfasst: den Freiheitsentzug durch staatliche Stellen oder mit deren Zustimmung, Unterstützung oder Duldung sowie die anschließende Weigerung, diesen Freiheitsentzug anzuerkennen oder Informationen über das Schicksal oder den Verbleib der betroffenen Person offenzulegen. Dadurch wird die betroffene Person dem Schutz des Gesetzes entzogen.

Verschwindenlassen kann eine Reihe grundlegender Rechte verletzen, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Schutz vor Folter und anderer Misshandlung, das Recht aller inhaftierten Personen auf menschenwürdige Behandlung sowie das Recht auf Anerkennung als Rechtsperson. Als Opfer gelten nicht nur die unmittelbar verschwundene Person, sondern alle Menschen, die als direkte Folge des Verschwindenlassens Schaden erlitten haben. Dazu können auch die Familienangehörigen der verschwundenen Person gehören. Wird Angehörigen dauerhaft jede Auskunft über das Schicksal und den Aufenthaltsort einer verschwundenen Person verweigert, kann dies ihr Leid erheblich verstärken und unter Umständen einer grausamen oder unmenschlichen Behandlung gleichkommen.

